

# EU-Mitgliedschaft und Südtirols Autonomie II

## Die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die Autonomie des Landes Südtirol am Beispiel ausgewählter Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen - eine Fortsetzung

Rechtliche Handlungsanleitungen für Südtirols autonome Kompetenzen

In Ergänzung zum Sammelband "EU-Mitgliedschaft und Südtirols Autonomie" aus dem Jahr 2015 werden in diesem Sammelband die Auswirkungen des Unionsrechts auf (weitere) ausgewählte minderheitenschutzrelevante Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten des Landes Südtirol untersucht: die Landwirtschaft, die Jagd und Fischerei, die Arbeit, die Ämterordnung und das Personal, das Gesundheitswesen, den Schutz der Umwelt, den Verkehr, die Medien und die Kultur sowie die wissenschaftliche Forschung.

Eine Darstellung der Möglichkeiten der Teilnahme Südtirols am europäischen Integrationsverbund einerseits und eine Analyse der unionalen Vorgaben für die - zur effektiven Ausübung der autonomen Zuständigkeiten besonders wichtige - Finanzautonomie andererseits runden den Blick ab.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten sollen dem Land Südtirol weitere rechtliche Handlungsanleitungen für die Ausübung seiner autonomen Kompetenzen liefern. Zusätzlich sollen sie den zuständigen Landesorganen und den



Obwexer/Happacher/Zwilling (Hrsg)  
EU-Mitgliedschaft und Südtirols Autonomie II  
Die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die Autonomie des Landes Südtirol am Beispiel ausgewählter Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen - eine Fortsetzung

Handbuch

**Seitenanzahl**

654 Seiten, gebunden

**ISBN**

ISBN 978-3-7046-8246-8 (Print)

ISBN 978-3-7046-8270-3 (eBook)

**Erscheinungsdatum**

10. Mai 2019

129,00 € (Print)

116,10 € (eBook)

Preise inkl gesetzlicher MwSt

Rechtsunterworfenen mehr Rechtssicherheit sowohl in unionsrechtlicher als auch in verfassungsrechtlicher Hinsicht verschaffen. Schließlich können - ausgehend von Italien und Südtirol - zusätzliche verallgemeinerbare Erkenntnisse über die Auswirkungen des Unionsrechts auf regionale Autonomien einerseits und auf den Minderheitenschutz andererseits gewonnen werden.